

Die Einwanderungspolitik der EU-Mitgliedstaaten 1994: Zunehmende Intoleranz und verschärfte Kontrollstrategien

*Informationsnetz für Wanderungsbewegungen
aus Drittstaaten (RIMET)*

ALLGEMEINER BERICHT

Claude-Valentin Marie

Beschäftigung & soziale Angelegenheiten

Sozialer Dialog und soziale Rechte

ULB Darmstadt



19095029

Europäische Kommission
Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen
und soziale Angelegenheiten
Referat V/D/4

Manuskript abgeschlossen 1995

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung

EINLEITUNG	9
DYNAMIK DER MIGRATIONSBEWEGUNGEN UND KONTROLLPOLITIKEN	11
<i>Besondere Sensibilität gegenüber dem Zustrom von Asylbewerbern</i>	11
<i>Immer strengere Rechtsvorschriften</i>	12
<i>Verschärfte Kontrolle des Familiennachzugs und der binationalen Ehen</i>	13
<i>Erneute Forderungen nach Koordinierung auf europäischer Ebene</i>	14
ARBEITSMARKT, BESCHÄFTIGUNG UND ILLEGALE ARBEIT	16
<i>Konzentration der Ausländerbeschäftigung im Dienstleistungsbereich</i>	16
<i>Entwicklung der gesetzlichen Vorschriften für die Beschäftigung von Ausländern</i>	16
<i>Die illegale Beschäftigung</i>	18
DIE INTEGRATION	18
<i>Rassismus</i>	20
<i>Die notwendige Erneuerung der Städtepolitiken</i>	20
<i>Staatsangehörigkeit und politische Rechte</i>	21

Allgemeiner Bericht

DIE WANDERUNGSDYNAMIKEN	25
<i>Rückläufige Tendenz bei den einen</i>	25
<i>... und deutlicher Anstieg des Zustroms bei den anderen</i>	28
<i>Die Asylbewerber in vorderster Linie</i>	30
<i>Zunehmende Abwehrhaltung gegenüber der Aufnahme neuer Asylbewerber</i>	32
<i>... und Zweifel an der Legitimität der ihnen zustehenden Unterstützung</i>	33
DIE KONTROLLPOLITIKEN	36
Immer strengere Rechtsvorschriften	36
<i>Weitere Verschärfung des gesamten Kontrollinstrumentariums</i>	37
<i>Neue institutionelle Änderungen in Belgien und Italien</i>	40
<i>Überwachung des Familiennachzugs</i>	41
<i>Die Eigenständigkeit der Frauen und das Recht der Kinder im Rahmen des Familiennachzugs</i>	43
<i>Kontrolle der binationalen Ehen</i>	44
<i>Einsatz der Computertechnik in den Verfahren, Vernetzung und verschärfte Kontrollen des Anspruchs auf Sozialleistungen</i>	46
<i>Die Abschiebungshaft</i>	48
Neue Einschränkungen des Asylrechts	50
<i>Schwierigere Asylbedingungen in Spanien und in den Niederlanden</i>	50
<i>Zunehmend selektive Kriterien: "die sicheren Herkunftsstaaten" und die "sicheren Drittstaaten"</i>	51
<i>Das Warteregister (registre d'attente) und der Verteilungsplan (plan de répartition) in Belgien</i>	52
<i>Eine schlecht definierte Kategorie: die "Vertriebenen" oder "de-facto-Flüchtlinge"</i>	54
<i>Das territoriale Asyl und die bedingte Aufenthaltserlaubnis</i>	55
<i>Das Problem der jungen Asylbewerber</i>	58

Die supranationalen Politiken	59
<i>Erneute Forderungen nach einer Koordinierung der Asyl- und Einwanderungspolitiken</i>	59
<i>Schengen trotzdem fortführen</i>	60
<i>Abkommen mit Drittstaaten</i>	61
<i>Die internationale Entwicklungszusammenarbeit</i>	63
ARBEITSMARKT, BESCHÄFTIGUNG UND ILLEGALE ARBEIT	66
Der Arbeitsmarkt	68
<i>Die Tendenz der überwiegenden Ausländerbeschäftigung im Dienstleistungssektor verfestigt sich in Frankreich, Deutschland und Italien</i>	68
<i>Ausländer und die Frage des öffentlichen Dienstes in Luxemburg</i>	69
<i>Eine nach wie vor ungünstige Beschäftigungssituation</i>	71
<i>Vielfache Erklärungen für die Arbeitslosigkeit bei Ausländern</i>	72
<i>Luxemburg: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Transparenz des Arbeitsmarktes</i>	73
<i>Weitere Verschärfung der Vorschriften in Frankreich</i>	76
<i>Niederlande: Ausländerbeschäftigung, "Vorzugsbehandlung für EU-Ausländer" und Politik der positiven Diskriminierung</i>	77
<i>Neue Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung</i>	79
<i>Spanien: die Bilanz der Legalisierung</i>	80
<i>... und die ersten Ergebnisse der Quotenpolitik</i>	83
<i>Griechenland: eine Regularisierungsmaßnahme ist in der Planung</i>	84
<i>Deregulierung und Unsicherheit in Portugal</i>	84
<i>Die schwierige Beschäftigungssituation für Asylsuchende und "Vertriebene"</i>	85
Illegale Beschäftigung	87
<i>Illegale Arbeit ist nicht nur illegale Ausländerbeschäftigung</i>	88
<i>Bereits ermutigende Ergebnisse</i>	89
<i>Erneute Überarbeitung der gesetzlichen Bestimmungen über illegale Beschäftigung</i>	90
<i>Der Sozialausweis (carte d'identité sociale) in Belgien und Luxemburg</i>	91
<i>Koordinierung des Vorgehens der zuständigen Stellen</i>	92
<i>Härtere Strafen gegen Arbeitgeber, darunter der Ausschluß von der öffentlichen Auftragsvergabe</i>	93
<i>Alle Protagonisten der illegalen Beschäftigung sollen zur Rechenschaft gezogen werden</i>	94
<i>Strengere Kontrolle der Saisonarbeit in Belgien und Italien</i>	95
<i>Die internationale Entsendung von Arbeitskräften</i>	96
<i>Das Vander Elst-Urteil</i>	97

INTEGRATIONSPOLITIK

99

Das politische Geschehen im Berichtsjahr	101
<i>Zunehmende Intoleranz in Italien, Spanien und in den Niederlanden</i>	102
<i>Die Abwehrhaltung gegenüber den Ausländern bestätigt sich in Deutschland, Frankreich und in Portugal</i>	103
<i>Die Wahlerfolge der extremen Rechten in Belgien</i>	105
<i>Die luxemburgische Ausnahme: eine immer noch bewerkenswerte Toleranz!</i>	106
<i>Kann man Rassismus und Extremismus mit den Waffen der Demokratie bekämpfen?</i>	107
<i>Der Kampf gegen die extreme Rechte: ein Thema, das alle angeht!</i>	108
Rassismus und Integration	110
<i>Extremistische Gewalt im Vormarsch</i>	110
<i>Die Beteiligung der Ordnungskräfte und die inakzeptable Legitimierung der Fremdenfeindlichkeit</i>	112
<i>Trotz zunehmender Rechtsprechung ist eine Vervollkommnung der antirassistischen Gesetzgebung erforderlich</i>	114
<i>Einordnung der rassistischen Gewalt in ihr sozio-ökonomisches und kulturelles Umfeld</i>	117
<i>Eine besondere Struktur in Belgien: das "Zentrum für Chancengleichheit und Rassismusbekämpfung"</i>	118
Die Asylfrage	120
<i>Der Streit um die Asylfrage zwischen Kirche und Staat in Deutschland</i>	120
<i>Die Verurteilung zur Rückkehr bei Erreichen der "Toleranzschwelle"</i>	122
<i>Nicht so "sichere" Länder</i>	123
<i>Die Kontrolle der Verwaltungsgerichte über die Asylpolitik</i>	124
<i>Klarstellung des Begriffs der "politischen Verfolgung" in Deutschland</i>	126
Sozialpolitik und Städtepolitik	129
<i>Eingeschränkter Grundsatz des Anspruchs auf Sozialleistungen</i>	129
<i>Zahlung von Familienbeihilfen an Migranten</i>	130

<i>Diskriminierungsverbot für Arbeitnehmer aus Drittstaaten hinsichtlich der sozialen Sicherheit</i>	131
<i>Arbeitslosenunterstützung für Grenzgänger aus Drittstaaten</i>	132
<i>Die Erfordernisse einer neugestalteten Städtepolitik in den Niederlanden</i>	133
<i>Die Verträge über Sicherheit und Prävention in Belgien</i>	135
<i>Fortschritt auf Länderebene in Deutschland</i>	136

Das Staatsangehörigkeitsrecht	137
--------------------------------------	-----

<i>Zwischen dem Wunsch nach Kontrolle und dem Bemühen um Integration.</i>	137
<i>Historisch begründete Sonderformen</i>	139
<i>Integrationswille und Normenkonflikte</i>	140
<i>Die politischen Rechte und das Prinzip der Bürgerrechte</i>	142
<i>Verfassungsänderungen und kommunales Wahlrecht: die Erfahrungen in Luxemburg</i>	143
<i>Der Widerstand der Beamten</i>	146

<u>ERGÄNZENDER BERICHT</u>	149
-----------------------------------	-----

**SCHULSYSTEME UND EINWANDERUNG IN DIE EUROPÄISCHE UNION
EINE NEUE HERAUSFORDERUNG GEGENÜBER DER AUSGRENZUNG**